

## NACHRICHTEN

**Luftangriffe gegen Amal-Miliz im Südlibanon**

TYR: Als Antwort auf Angriffe der pro-syrischen Amal-Miliz hat die israelische Luftwaffe am Montag mehrere Gebiete in der Nähe der von Israel besetzten «Sicherheitszone» im Südlibanon bombardiert. Wie die libanesische Polizei mitteilte, feuerten israelische Jagdbomber am Nachmittag insgesamt zehn Raketen auf Berghänge in der Nähe der Dörfer Kafra und Jater ab. Nach Polizeiangaben kam dabei niemand zu Schaden. Kurz zuvor waren vier Stellungen der israelischen Armee und der mit ihr verbündeten Südlibanesischen Armee (SLA) angegriffen worden, zu denen sich die Amal-Miliz bekannte. In den vergangenen Monaten häuften sich die blutigen Anschläge in der Region auch von Seiten der islamischen Hisbollah-Miliz.

**Russischer Tanker hatte irakisches Öl an Bord**

WASHINGTON: Der von der US-Marine im persischen Golf festgehaltene russische Tanker «Wolgoneft-147» hatte nach US-Angaben irakisches Erdöl geladen. Proben hätten dies «klar und deutlich ergeben», sagte US-Verteidigungsminister William Cohen am Sonntag in Washington. Als das Schiff gestoppt wurde, sei zudem auch ein irakischer Marine-Offizier an Bord gewesen. Die von der US-Marine geführte multinationale Seestreitmacht zur Überwachung des UNO-Embargos im Golf (MIF) hatte den Tanker am Mittwoch aufgebracht. Die USA hegten den Verdacht, dass Erdöl aus dem Irak geschmuggelt und damit gegen das UNO-Embargo gegen Bagdad verstossen wurde. Russland hatte die Vorwürfe kategorisch bestritten und die sofortige Freigabe des Tankers gefordert.

**Clinton legt Budget über 1,84 Billionen Dollar vor**

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton hat am Montag für 2001 einen Staatshaushalt von 1,84 Billionen Dollar vorgelegt. Er sieht eine Steigerungsrate von 2,5 Prozent vor. Die höchste Zunahme im Vergleich zum Etatjahr 2000 ist für die Verteidigung mit 11,3 Milliarden Dollar eingeplant. Die Kampfbereitschaft der Streitkräfte, modernste Waffensysteme und die Entwicklung des umstrittenen Nationalen Raketenabwehrsystems sind Schwerpunkte des Militärbudgets. International vorrangige Ausgaben sind 1,8 Milliarden Dollar für Wirtschafts- und Militärhilfe zur «Abfederung» des angestrebten Nahostfriedens, 600 Millionen Dollar Schuldenerlass für die ärmsten Länder, 428 Millionen Dollar für die Initiative zur Unterstützung Südosteuropas und 175 Millionen Dollar für Kosovo. Neben 954 Millionen Dollar aus dem laufenden Haushalt sollen weitere 318 Millionen zur Drogenbekämpfung nach Kolumbien fließen. 100 Millionen sollen dem Kampf gegen die Immunschwächekrankheit Aids gewidmet werden. Der Etat 2001 beginnt am 1. Oktober dieses Jahres. Die Haushaltsberatungen im Kongress werden im Schatten des Wahlkampfes um das Weisse Haus, alle Sitze des Abgeordnetenhauses und die 33 Plätze im Senat stehen, der am 7. November entschieden wird. Dank der boomenden Wirtschaft rechnet Clinton in der Finanzplanung für die nächsten zehn Jahre mit einem Haushaltsüberschuss von 746 Milliarden Dollar. 432 Milliarden davon will er zur Sanierung des Medicare-Systems, der Krankenversicherung für Senioren, einsetzen. Das soll bis 2025 gelingen. Den Rest sowie erwartete Überschüsse der Sozialversicherung in Höhe von 2,2 Billionen Dollar möchte er zur Reduzierung der Staatsschulden einsetzen, so dass die Supermacht im Jahr 2013 das erste Mal seit 1835 schuldenfrei wäre. Die Ersparnisse bei den Schuldzinsen sollen der Sozialversicherung zu Gute kommen, um sie bis 2050 zu sichern. Einnahmen der Sozialversicherung können nach US-Recht im regulären Haushalt verbucht, Mehreinnahmen können anderweitig verwendet werden. Um diese Ziele zu erreichen, schlägt Clinton für das nächste Jahrzehnt eine strenge Ausgabendisziplin vor.

**Weitere Geiseln freigelassen**

Verhandlungen mit Luftpiraten in «kritischer Phase»

LONDON/ISLAMABAD: Die Entführer eines afghanischen Passagierflugzeugs haben am Montag in London acht weitere Geiseln freigelassen. Die britischen Behörden rechneten mit langwierigen Verhandlungen.

Die Gespräche seien am entscheidenden Punkt angelangt, sagte ein britischer Polizeisprecher. Strategie der britischen Behörden ist es, die Geiselnahme friedlich und ohne Risiko zu beenden. Die in Afghanistan regierenden Taliban-Miliz lehnte Verhandlungen mit den Entführern ab.

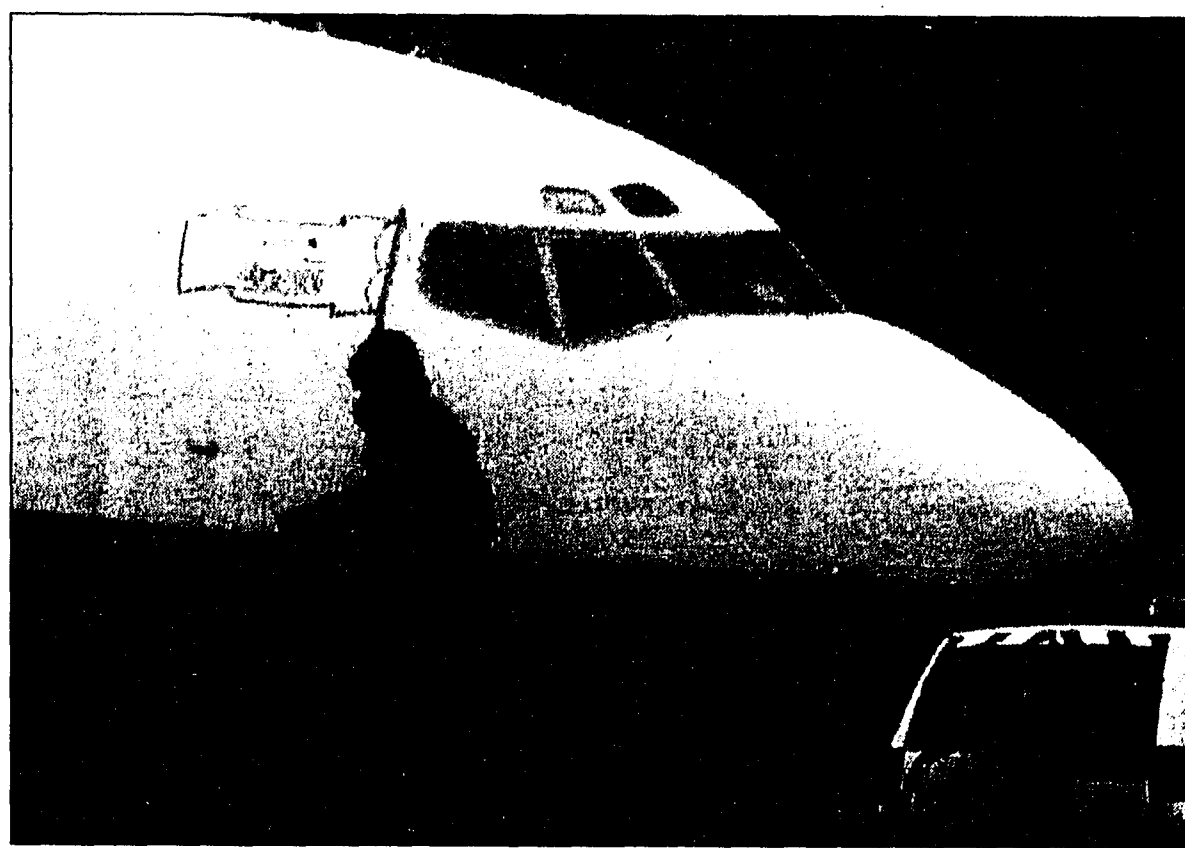
**Vierte erzwungene Landung**

Die am Sonntag auf einem Inlandflug entführte Boeing 727 der Afghan Ariana war in der Nacht auf Montag nach Zwischenlandungen in Taschkent, Kasachstan und Moskau auf dem Londoner Flughafen Stansted gelandet. Im Laufe des Tages liessen die Luftpiraten acht weitere Geiseln frei. Damit sind seit Sonntag insgesamt 31 Menschen aus der Gewalt der Luftpiraten freigegeben. Über 150 Menschen sollen sich noch an Bord befinden, darunter zahlreiche Kinder.

Während der Verhandlungen mit den vermutlich sechs Luftpiraten hatten sich die Behörden zunächst auf die Bereitstellung von Lebensmitteln, Babynahrung, Toilettenartikeln und einem Generator zur Luftkühlung konzentriert. Die Atmosphäre an Bord der Maschine wurde als «ruhig» bezeichnet.

**Unbestätigte Forderung**

Die Entführer wollen nach unbestätigten Berichten die Freilassung des afghanischen Oppositionspoliti-



Die entführte Maschine wurde kurz nach ihrer Landung in London von bewaffneter Polizei umstellt.

kers Ismail Khan (58) erzwingen, der 1997 in Taliban-Gefangenschaft geraten war. Der Führer des afghanischen Taliban-Regimes, Mullah Mohammad Omar, schloss am Montag jegliche Verhandlungen mit den Luftpiraten aus. Luftfahrtminister Akhtar Muhammad Mansur forderte gar die Erstürmung des Flugzeugs durch die britischen Sicherheitskräfte.

**Von bewaffneter Polizei umstellt**

Die Maschine steht von der Öffentlichkeit abgeschirmt abseits vom Terminal des Reiseflughafens östlich von London. Sie ist von be-

waffneter Polizei umstellt.

Es wurde vermutet, dass auch die Anti-Terror-Einheit Special Air Services (SAS) bereitsteht. Anti-Terrorismus-Experten sind an den Verhandlungen beteiligt, die in englischer Sprache geführt werden. Es ist das erklärte Ziel der britischen Behörden, die Entführung in London zu beenden. Polizei und Innenministerium betonten, sie hofften auf eine friedliche Lösung. «Es ist normalerweise nicht üblich, dass wir einmal gelandete Flugzeuge wieder abfliegen lassen», sagte Polizeisprecher Broughton. Die britische Regierung stehe in engem Kontakt mit den Behörden in Moskau und ande-

ren «zuständigen Regierungen», fügte er hinzu. Der Reiseverkehr auf dem Flughafen Stansted wurde von den Vorgängen stark beeinträchtigt. Nur wenige Flüge konnten abgefertigt werden. Nach Angaben seines Direktors, John Stent, ist Stansted besonders gut auf Entführungsfälle vorbereitet. Es ist bereits das dritte Mal innerhalb der vergangenen 20 Jahre, dass in Stansted mit Entführern verhandelt wird. Zuletzt war 1996 erfolgreich mit den irakischen Entführern eines sudanesischen Airbus verhandelt worden. Alle 197 Passagiere kamen frei. Die Luftpiraten wurden in Grossbritannien vor Gericht gestellt.

**Mesic oder Budisa?**

Kroatien hat in Stichwahl neues Staatsoberhaupt gewählt

ZAGREB: Mit der Wahl eines neuen Präsidenten als Nachfolger von Franjo Tudjman hat Kroatien am Montag die politische Erneuerung der Staatsführung abgeschlossen. Letzte Umfragen verhießen ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Insgesamt 4,2 Millionen Wähler konnten in einer Stichwahl zwischen dem Sieger der ersten Runde, dem 65-jährigen Stipe Mesic von der Zentrumsparterie HNS, und dem 51-jährigen Sozialliberalen Drazen Budisa entscheiden. Beide kündigten politische Reformen an, die den Bruch mit dem bisherigen autokratischen Präsidialsystem bedeuten.

Die Wahllokale schlossen um 19.00 Uhr, ohne dass Zwischenfälle gemeldet wurden. Die staatliche Wahlkommission wollte um Mitternacht ein erstes, vorläufiges Ergebnis veröffentlichen. Bis um 16.00 Uhr hatten etwa 52 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben, insgesamt weniger als



Stipe Mesic zeigte sich bei der Stimmabgabe siegessicher.

in der ersten Runde vor zwei Wochen. Am Morgen hatte die Wahlbeteiligung zunächst noch höher gelegen.

**Siegessicherer Mesic**

Beide Kandidaten gehören zu den Parteien der neuen Mitte-

Links-Regierung, die bei den Parlamentswahlen am 3. Januar über die seit der Unabhängigkeit regierende HDZ gesiegt hatten. Mesic, letzter Präsident des alten Jugoslawiens, zeigte sich in Zagreb bei der Stimmabgabe vor Journalisten überzeugt, mit einem Vorsprung von vier Prozentpunkten zu gewinnen. «Meine europäische Option ist klar», führte er zur Begründung an. Dagegen sagte Budisa nur: «Kroatien wird die richtige Wahl treffen.» Beide Kandidaten verfolgen mit dem Versprechen einer Annäherung an die Europäische Union (EU) und der Stärkung einer parlamentarischen Demokratie ähnliche Ziele. In den Umfragen war Mesic zuletzt geschwunden, während Budisa deutlich zulegte. Die Wahlen waren nach dem Tod des Präsidenten Tudjman am 10. Dezember nötig geworden. Sie vollenden den Machtwechsel in der einstigen jugoslawischen Teilrepublik. Kroatien war unter Tudjman zunehmend aussenpolitisch isoliert.

**Pariser Behörde: Scientology «totalitär»**

Scientology-Organisation bedrohe Menschenrechte

PARIS: Die Scientology-Organisation bedroht nach Einschätzung der französischen Sektensbekämpfungsbehörde «die Menschenrechte und das gesellschaftliche Gleichgewicht».

Scientology propagiere zwar auch religiöse Ziele, sei aber eine Organisation mit «totalitärer Struktur», heisst es im Bericht der Regierungsbehörde zur Bekämpfung der Sektens (MILS), der am Montag in Paris

Premierminister Lionel Jospin überreicht wurde. Damit gehöre Scientology zu jenen Gruppen, die eine Gefahr für die «öffentliche Ordnung» und «die menschliche Würde» bedeuteten. Die MILS-Studie nennt zwar Möglichkeiten von Justiz und Verwaltung, gegen Scientology vorzugehen, überlässt die Entscheidung jedoch der Politik, ob die Organisation verboten werden soll. Der Staat dürfe zwar nicht über

«den Inhalt von Glaubensüberzeugungen oder Ideologien» richten, müsse aber darauf achten, dass nicht «unter dem Deckmantel persönlicher Überzeugungen Gesetze übertreten werden», betont die Behörde in dem Bericht. Sektens benutzen häufig eine «religiöse Maske». MILS-Chef Alain Vivien hatte Scientology bereits vor Monaten in einem Zeitungsinterview als «totalitäre» und «extrem gefährliche»

Sekte eingestuft, die in Frankreich verboten werden sollte. Der MILS-Bericht führt neben Scientology namentlich nur noch den Orden der Sonnentempel als gefährliche Organisation an. Die MILS distanzierte sich von der Einschätzung der Scientology-Organisation in den USA. Dort «geniessen Sektens einen ausserordentlichen Schutz, sobald sie sich selbst für religiös erklären», hiess es dazu.